

Für die Wissenschaft, die dem Sozialismus dient!

Auszüge aus dem Rechenschaftsbericht der SED-Parteileitung vor der Delegiertenkonferenz am 18. und 19. April

In der Entschließung unserer Delegiertenkonferenz am 21. und 22. Dezember 1956 stellten wir uns als Hauptaufgabe, in allen Fakultäten und Instituten der sozialistischen Ideologie einen festen und unerschütterlichen Platz einzuräumen. Wir stellen fest: Klarheit in allen ideologischen Fragen ist die wichtigste Voraussetzung, um höchste Ergebnisse in Lehre und Forschung zu erreichen.

In der massenpolitischen Arbeit und durch die Entwicklung in der Welt hat sich die Richtigkeit dieser offensiven Orientierung bestätigt. Folgende Grundfragen stellten wir in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen um die Gewinnung der Angehörigen unserer Universität für die Politik der Partei:

Gedanken des Sozialismus dringen tiefer in den Lehrkörper

Das inkonsequente Auftreten der Parteioberorganisation in der Darlegung der Grundfragen der sozialistischen Umgestaltung und die im letzten Jahr besonders sichtbaren großen Erfolge des sozialistischen Lagers führten zu einer spürbaren Verbesserung der politisch-ideologischen Situation unter den Professoren und Dozenten der Karl-Marx-Universität. An viele Fragen des politischen Kampfes, die ihnen früher fremd waren, wurden die Professoren durch Diskussionen in den Fakultätsräten herangeführt. Die Fakultätsräte entwickelten sich zu verantwortlich leitenden politischen Gremien. Fast alle Dekane sind der Politik unserer Partei und unserer Regierung nähergekommen. Prof. Dr. Rosenkranz hilft unserem Staat bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Seine im „Neuen Deutschland“ veröffentlichte Erklärung zeugt von einem festen staatsbewußten Standpunkt. Prof. Dr. Uebermuth und Prof. Dr. Neef überbrachten gemeinsam mit dem Rektor, unserem Genossen Prof. Dr. Georg Mayer, die Erklärung der außerordentlichen Sitzung des Senats unserer Universität gegen die westdeutsche Atomkriegsrüstung, für gemeinsame Aktionen aller westdeutschen Universitäten an der Seite der Universitäten der Deutschen Demokratischen Republik gegen die Bonner Atomwaffenaggressionen nach Westdeutschland.

Ueberlegenheit des Sozialismus wird klarer erkannt

Mit der klaren sozialistischen Orientierung der Parteioberorganisation auf die sozialistische Universität ist der Differenzierungsprozeß im Lehrkörper vertieft worden. Die Widersprüche zwischen den Verfechtern der reaktionären, imperialistischen Ideologie und den Vertretern der Arbeiterklasse und ihrer sozialistischen Position nehmen zu. Die reaktionären Kräfte versuchen mit den verschiedensten Methoden, jetzt die sozialistische Entwicklung zu bremsen, nachdem sie gescheitert sind, als sie sich vorgenommen, die sozialistische Entwicklung überhaupt aufzuhalten.

Bei einzelnen Professoren stößt man trotz der alarmierenden jüngsten Entwicklung immer noch auf ein gewisses Unverständnis für die gesetzlich vom Imperialismus ausgehende Kriegsgefahr. Charakterliche Vorurteile hindern diese Professoren oder Dozenten zu erkennen, daß von den Kräften des Sozialismus, durch ihren Charakter bedingt, der Friede ausgeht. Das zeigt uns, daß es nicht genügt, wenn Gewerkschaftsgruppen zusammenkommen, um einzelne Proteste zu verfassen, sondern es darauf ankommt, in der Auseinandersetzung das Prinzipielle, das gesellschaftlich Gesetzmäßige im Kampf der Arbeiter und aller sozialistischen Kräfte für Frieden und Sozialismus zu verteidigen. Das ist auch notwendig, um die Arbeit des Lehrkörpers und aller Universitätsangehörigen nach Westdeutschland auf die feste Grundlage der sozialistischen Ideologie zu stellen.

Wir können feststellen, daß die Angehörigen des Lehrkörpers sich mit der Frage des Sieges des Sozialismus stärker beschäftigen. Dabei setzt sich die Ansicht durch, daß sich der Kapitalismus nicht durch die Dauer nicht mehr gegen die Entwicklung der sozialistischen Kräfte halten kann. Jedoch wünschen sich einige Vertreter der konsequenten marxistischen, weniger Auseinandersetzungen, weniger Konsequenz. Von einigen Professoren und Dozenten wird noch nicht

2. Die Notwendigkeit der grundlegenden Umgestaltung unserer Universität zur sozialistischen Universität und im Zusammenhang damit die Verpflichtung zum Studium und zur Anwendung des dialektischen Materialismus sowie die Richtigkeit der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse auch in der Wissenschaft.

3. Die Pflicht eines jeden Universitätsangehörigen und besonders aller Studenten zu körperlicher Arbeit und politischem Einsatz in der Bewegung „Jeder eine gute Tat für unsere gemeinsame sozialistische Sache“ mit ihren Höhepunkten anlässlich der Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen im Sommer 1957 und anlässlich des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im November 1957 sowie im Aufgebot junger Sozialisten zu Ehren des V. Parteitag. Die Notwendigkeit der Reservistenausbildung als Beitrag der Studenten zur Stärkung der Verteidigungsbereitschaft unserer Republik.

4. Die Verbrechen der konterrevolutionären Provokateure vom Schlage Schmutzlers und die Notwendigkeit ihrer strengen Bestrafung sowie der Verurteilung jeglicher Spielart ihres feindlichen Wirkens.

erkannt, daß der Aufbau des Sozialismus in Deutschland unter Führung der Arbeiterklasse die Teilnahme aller fortschrittlichen Kräfte am Kampf gegen den deutschen Imperialismus erfordert. Es gibt auch noch Unverständnis gegenüber der Tatsache, daß der Aufbau des Sozialismus in der DDR der wichtigste Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Europa und zur Ermöglichung der fried-

und Kontakte unterhält, sucht oder propagiert, die den Standpunkt der sozialistischen, der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern dienenden Wissenschaft verletzen, dient nicht dem wissenschaftlichen Fortschritt.

Solche Methoden, wie die gründliche Entlarvung des klerikal-faschistischen westdeutschen Staates anlässlich jedes Falles von Republikflucht, die klare Charakterisierung jeder Republikflucht als verbrecherische Sympathieerklärung für die Bonner Atombombenpolitik, die Aberkennung der akademischen Grade von allen Verrätern sind ständig anzuwenden.

Ein vorbildlicher Beschluß

Wir begrüßen die Stellungnahme des Rates der Philosophischen Fakultät zu dieser Frage im Falle Ladendorf und schlagen vor, daß der Senat dazu einen generellen Beschluß faßt. Wir müssen dafür sorgen, daß die Feinde, die die Organisation von Republikflucht gegenwärtig zu ihrer Hauptmethode im Kampf gegen die sozialistische Entwicklung auserkoren haben, sich gründlich verrechnen. Die Verbrechen eines Dedié, eines Ladendorf oder eines Thierfelder gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht müssen durch unseren politischen Kampf für die Mehrheit der Professoren und Dozenten zu Lehrbeispielen werden, wie ein aufrechter und seinem Volk ergebener deutscher Wissenschaftler sich heute auf keinen Fall verhalten darf. Auch Berufungen von Professoren unserer Universität nach Westdeutschland sind als eine Form der Abwerbung bewußt zu machen. Die Auseinandersetzungen an den Fakultäten im Kampf gegen unbegründete Anträge auf Reisen und Tagungen nach Westdeutschland müssen zunehmen. Das betrifft vor allem solche Zusammenkünfte, wie den demnächst stattfindenden Diabetikerkongreß in Düsseldorf, der unter der Schirmherrschaft von Ade-



Blick auf das Präsidium der SED-Delegiertenkonferenz. Am Rednerpult Genosse Wolfgang Heinke beim Rechenschaftsbericht. Foto: Zentralbild

Kampf gegen die vom Gegner erzeugten verzerrten Vorstellungen erklären. Ist es nicht unsere Aufgabe zu zeigen, wie unsere Partei immer mehr zu einem fest organisierten Kampfbund von Gleichgesinnten wird, der unser Volk in die sozialistische Zukunft führt? Wir wollen im Lehrkörper volle Klarheit darüber schaffen, daß die marxistisch-leninistische Partei die Ehre und das Gewissen der gegenwärtigen Epoche der Menschheitsgeschichte ist. Es muß allen Professoren und Dozenten der Karl-Marx-Universität bewußt werden, daß unserer Partei anzugehören eine große Ehre und Verpflichtung bedeutet. Eine Verpflichtung, die Opferberei-

der proletarischen, sozialistischen Ideologie gegen die bürgerliche; für den geschichtlich ebenso gesetzmäßigen Sieg der Ideologie der Arbeiterklasse in diesem Kampf.

Zur Forderung nach „Sicherung des Arbeitsfriedens“ kann nur gesagt werden, daß sie mit der einzig richtigen Konsequenz verbunden werden muß: mit der aktiven Teilnahme am Kampf gegen die Bonner Atomstrategen vom Schlage des Adenauer-Mannes Jäger, der Atombomben über Dresden, Leipzig oder Jena abzuwerfen forderte. Was soll die Forderung nach „Arbeitsfrieden“ ohne die Konsequenz der Teilnahme am Kampf gegen die gefährlichsten Bedroher des Friedens? Sie kann nur als leeres Gerede gewertet werden, das der Irreführung dienen soll.

Jetzt Programm überall verwirklichen

Die provokatorische Propaganda für den „elastischen Widerstand“ gegen den Sozialismus wurde von unseren Genossen Psychologen lange Zeit in unverantwortlicher Weise geduldet und dadurch gefördert. Die ganze Parteioberorganisation muß erkennen, daß es sich hierbei nicht um die These irgendeines dem Sozialismus feindlichen Menschen handelt, sondern daß durch diese Lösung die NATO-Instruktionen gegen den sozialistischen Aufbau sprechen und daß die antisozialistischen Klassenkräfte dahin tendieren, sich um solche Feindlösungen in der gegenwärtigen Etappe des sozialistischen Aufbaus zu gruppieren. Einerseits ist die NATO-Forderung auf „elastischen Widerstand“ ein deutliches Zeichen unserer Kraft. Mit dieser Forderung gesteht die imperialistische Bourgeoisie ihre Niederlage bei der Anwendung des unelastischen Widerstandes offen ein. Diese Forderung zeigt die Stärke der von uns errungenen Kampfpositionen. Andererseits weist uns diese Störförderung auf die gegenwärtig im Klassenkampf in unserer Republik vorgehenden Prozesse hin.

Genosse Walter Ulbricht machte auf der 33. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei darauf aufmerksam, daß der Klassenkampf bei uns neben den äußeren Ursachen auch innere Ursachen hat. Die inneren Ursachen sind mit den äußeren eng verknüpft. Wir müssen sehen, daß ein Teil der kapitalistischen Kreise, daß frühere aktive Faschisten, die nur wenig gelernt haben, und Bürger, die die Ideologie der kapitalistischen Klasse Westdeutschlands ökonomisch oder philosophisch vertreten, und noch nicht von ihren alten Anschauungen loskommen, jene Kräfte im Innern unserer Republik sind, an deren Verhalten die NATO-Tätigkeit gegen den sozialistischen Aufbau anknüpft und deren Haltung sie vielfach bestimmt.

Die Universitäts-Parteileitung ist der Auffassung, daß, ausgehend von dieser Delegiertenkonferenz, unsere ganze Parteioberorganisation mit aller Entschiedenheit durch breitere Diskussion zum Programm der sozialistischen Entwicklung der Karl-Marx-Universität und seine volle Verwirklichung an allen Instituten und Fakultäten gewährleisten muß, daß die verschiedensten Erscheinungsformen der Taktik des Verschleppens, des Totschweigens, des „elastischen Widerstandes“ zerschlagen werden. Es muß klar werden: Niemals erfüllt sich die Spekulation darauf, der offensive Kurs unserer Partei, den manche erschrocken als „hart“ bezeichnen, werde sich „totlaufen“. Unser Programm wird konsequent verwirklicht, weil das der Dialektik der Entwicklung entspricht.

Wir sind der Auffassung, daß bei solcher Klarheit auch in anderen Fragen richtige Erkenntnisse gewonnen werden.

Die neugewählte Universitäts-Parteileitung

Wolfgang Heinke, 1. Sekretär, Kandidat des Büros der Bezirksleitung
Hans-Joachim Böhme, Stellvertreter des 1. Sekretärs, Mitglied des Büros der Kreisleitung Mitte
Manfred Seidler, Stellvertreter des 1. Sekretärs
Gottfried Handel, Stellvertreter des 1. Sekretärs
Prof. Dr. Gerhard Harig, Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Silber, Direktor der Abteilung Geschichte der Naturwissenschaften des Karl-Sudhoff-Instituts
Harry Heyne, 1. Sekretär der Grundorganisation der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät
Klaus Höpcke, Assistent an der Fakultät für Journalistik
Erna Käseberg, Schwester im Klinikum
Heinz Krause, 1. Sekretär der FDJ-Hochschulgruppenleitung
Siegfried Maras, Student an der Physikalischen Fakultät
Prof. Dr. Georg Mayer, Träger des Vaterländischen Verdienstordens in

Silber, Rektor der Karl-Marx-Universität, Direktor des Instituts für Agrarökonomik
Dr. Rudolf Montag, Dozent und stellv. Direktor am Institut für Industrieökonomik der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
Ruth Müller, Assistentin am Institut für Pädagogik
Heinz Nitzsche, 1. Sekretär der Grundorganisation und Dozent an der Arbeiter-und-Bauern-Pakultät
Heinrich Parthey, Student am Institut für Philosophie
Lothar Plecher, Student an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät
Walter Poeggel, Assistent an der Juristenfakultät
Alexander Porz, Studiendirektor am Institut für Ausländerstudium
Lothar Roland, 1. Sekretär der Fakultäts-Parteileitung der Medizinischen Fakultät
Prof. Dr. Josef Schleifstein, Prorektor für das gesellschaftswissenschaft-

liche Grundstudium und Direktor des Instituts für Philosophie
Heinz Schmidt, Assistent am Institut für Arbeitsökonomik der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
Otto Schmidt, Hausmeister
Rolf Schöllner, Assistent am Chemischen Institut
Gerhard Schuster, Stellvertreter, Vorsitzender der Universitäts-Gewerkschaftsleitung
Marianne Scholz, Assistentin am Institut für Philosophie
Wolfgang Süberschmidt, Oberbauleiter
Prof. Dr. Heinz Such, Nationalpreisträger, Dekan der Juristenfakultät und Direktor des Instituts für Zivilrecht
Dr. Stratis Tsiradsidis, Aspirant am Institut für Pädagogik
Prof. Dr. Ernst Werner, Professor am Institut für Allgemeine Geschichte des Mittelalters
Helga Ziergiebel, Studentin an der Medizinischen Fakultät

lichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist, den wir leisten können. Die Unterschätzung der Tätigkeit der Klassen- und friedensfeindlichen Kräfte ist noch verbreitet. Aus diesen Unklarheiten resultieren in der Berichtsperiode noch zahlreiche Anträge von Angehörigen des Lehrkörpers unserer Universität auf Reisen zu solchen Tagungen nach Westdeutschland, auf denen für den Staat der Arbeiter und Bauern und die sozialistische Wissenschaft in keiner Weise gearbeitet wird, die im Gegenteil dem Kampf gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht dienen.

Keine Gemeinsamkeit mit gewissenlosen Elementen

Die einheitliche, fortschrittliche deutsche Wissenschaft muß erst erkämpft werden. Unser Kampf richtet seine Spitze gegen jene Wissenschaftler in Westdeutschland, die der Atomaufrüstung zugestimmt haben. Mit ihnen kann es keinerlei Gemeinsamkeiten, Verbindungen usw. geben. Wir kämpfen gegen die faschistische Reaktion und die kapitalistische Apologetik und vereinigen alle demokratischen fortschrittlichen Kräfte an unserer Seite. Die so angestrebte Einheit der fortschrittlichen deutschen Wissenschaft wird sich von den Ideen des Humanismus leiten lassen. Wer sich von diesem Kampf ausschließt

nauer steht, und den Kongreß für ärztliche Fortbildung in Westberlin, wo allein schon die Wahl des Ortes — Fortbildung für westdeutsche Aerzte in Westberlin — die Tagung als politische Provokation charakterisiert.

Entschieden verurteilen wir auch das Arbeiten für imperialistische Konzerne.

Der Gegner hat dem Programm der weiteren sozialistischen Entwicklung nichts entgegenzusetzen. Er ist jeden ernsthaften Arguments gegen unser Kampfprogramm beraubt. Also greift er zu anderen Mitteln. Einige Wissenschaftler propagieren die Toleranz, die Ruhe und den sogenannten Arbeitsfrieden. Dr. Böttcher vom Institut für Psychologie fordert dazu auf, der sozialistischen Entwicklung mit einer Politik des elastischen Widerstandes zu begegnen. Gerichte werden angestreut, um das Programm der sozialistischen Entwicklung zu verunglimpfen, um Wissenschaftler unsicher zu machen und von unserem Kampf zu trennen, wie das am Chemischen Institut versucht wurde. Man versucht, die Widersprüche in der Entwicklung und ihre Ueberwindung durch den Kampf unserer Partei als einen Mangel anzukreiden. Der Feind lügt, sozialistische Umgestaltung bedeute, daß alle Professoren Parteimitglieder werden müßten. Die imperialistische westdeutsche Bourgeoisie, die all diese Aktionen organisiert, rechnet damit, der Arbeiterklasse auf diese Weise ernsthaft schaden zu können. Die von uns erarbeiteten Vorstellungen sollen nach ihren Absichten papierne Programme bleiben. Das ist ein Teil der ideologischen Strategie der Imperialisten. Diesen Störversuchen des Gegners muß eine noch entschiedenere und offensivere Abfuhr erteilt werden.

Wir müssen viel mehr die große geschichtliche Rolle unserer Partei im

schaft und höchste politische Aktivität erfordert. Solche Leute wie der schäbige Karrierist Thierfelder vom Institut für Alte Geschichte, der sich an die Partei anbiederte, um Professor zu werden, und der nun — da er sein Heucheln als vergebliche „Liebesmüh“ erkannte — sein wahres Gesicht gezeigt und die Deutsche Demokratische Republik verraten hat, solche Restexistenzen der individualistischen Karriere-Ideologie prallen ab an der kämpferischen Geschlossenheit unserer Partei.

„Toleranz“-Predigten bourgeois Intoleranter

Was das Herbeisehnen von Toleranz und Ruhe betrifft, so muß man sagen, daß sich die Verfechter dieser Ansichten doch etwas zu viel vorgenommen haben. Sie wollen die Dialektik aus dem Leben eliminieren. Sie wollen einen Zustand, bei dem das Alte, das Ueberlebte, zum Abtreten Ueberreife allein besteht und sich ungehindert entfaltet. Das nennen sie Toleranz. Aber ist es nicht klar, daß diese Konzeption schmachlich scheitern muß, weil sie den Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Gesellschaft zu tiefst fremd ist? Das Neue, Vorwärtsdrängende entsteht im Kampf gegen das Alte, wird in diesem Kampf stärker als das Alte und besiegt es. Worum geht es? Es geht an der Universität und in Deutschland und den Kampf zwischen bürgerlicher und sozialistischer Ideologie. Solange die Positionen der sozialistischen Ideologie noch schwach waren, führten solche Leute einen höchst intoleranten Kampf gegen sie. Jetzt, da die sozialistische Ideologie im Kampf starke Positionen errungen hat und die bürgerliche Ideologie weiter angreift und zurückdrängt, predigen sie die Toleranz für das bourgeoise Denken. Was wir dagegen brauchen, ist Parteilnahme in dem geschichtlich gesetzmäßigen Kampf